

Pressemitteilung Bundesvorstand 60plus zum Entlastungspaket

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus begrüßt und unterstützt die aktuelle Initiative von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, auch Rentnerinnen, Rentnern und Studierenden, wie Erwerbstätigen, mit einem Energiegeld von 300 Euro zu helfen. Dies war seit Wochen eine weniger von Resonanz als Ignoranz begleitete Forderung der größten Arbeitsgemeinschaft der SPD, wobei es natürlich um Geld gehe – vielmehr gehe es aber um Gerechtigkeit. Es gehe darum die Alten nicht zu vergessen und den Sonntagsreden über Altersarmut, auch wenn es erst wird, Taten folgen zu lassen. Der Länderrat der Arbeitsgemeinschaft hat deshalb beschlossen, die „die Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP“ aufzufordern, „diese logisch nicht erklärbare Ungerechtigkeit, durch ein Energieentlastungspaket für Rentnerinnen, Rentner und Studierende (die das gleiche Schicksal mit den Rentnern teilen) aus der Welt zu schaffen.“

Besonders ärgern sich die (alten) Leute und die (jungen) Studierenden über unlogische Begründungen, mit denen sie für dumm verkauft werden sollen. Natürlich helfen die Rentenanpassung oder das 9 Euro Ticket. Aber gibt es einen Sachzusammenhang zwischen dem Energiepaket und der Rentenanpassung? Dann würde es die Rentenanpassung nicht geben ohne Energiepreis- und sonstige Inflation? Oder auf diesem Niveau: gibt es die 300 Euro nicht für Beschäftigte, die eine Lohnerhöhung erhalten?

Ebenso unlogisch sind Steuersenkungen im Energiemarkt. Als ob wir nicht schon mit der 10-prozentigen Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotels, der Mövenpicksteuer, gelernt hätten, dass Steuersenkungen nicht die Preise senken, sondern die Gewinne der Konzerne steigern, machen wir im Jahr 2022 den gleichen Fehler erneut. So waren einige Milliarden für die Ölkonzerne möglich... für RentnerInnen und Studierende nicht. Ein hoher Preis für die Beteiligung der FDP in der Koalition.

Warum wird nicht gesagt, dass es fiskalische Gründe sind, die entweder die Unterstützung der Konzerne oder die Unterstützung der Rentner/Studierende erlauben, aber nicht beides. Wobei streng genommen selbst die sehr beliebte fiskalische Begründung gegenwärtig schnell an ihre Grenzen stößt.